

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Bezugsstelle: Tageblatt Riesa.

Strasse Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Briefporto: Leipzig 21000.  
Gürtelstrasse Riesa Nr. 22.

Nr. 128.

Montag, 30. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellungswert, bei Abholung am Redaktionsschrein zu bestellenden Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis bis die 48 zum Preise 1 Mark erhöht. Grundpreis 7 Sätze (7 Seiten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; Zeitraubender und teuerlicher Post 30% auf die Zeitung. Bevölkerungsbetrag erfordert, wenn der Betrag verfällt, durch Strafe eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Sonderkosten gestellt. Beleidigung und Schädigungsocto: Riesa. Verschreibende Unterhaltungsabteilung: Gröba. In der Riesaer Zeitung sind keine Werbung für Gewerbe, Berufe, Dienstleistungen oder Dienstleistungen der Betriebsverordnungsanordnungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Reklamationsrecht und Vertrag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Sonderverteilung von 2 Pfund Einmachzucker.

Die Reichsautorenstelle hat je nach der Bevölkerung 2 Pfund Einmachzucker zur Verfügung gestellt. Hieron sollen zunächst 2 Pfund zur Ausgabe gelangen und zwar auf den Stammkarte beständlichen Buchstabenabschnitt „T“ der Normalzuckerkarte, Reihe 21. Die Abholung dieses Zuckers muß in der Zeit des 1. Pfundabschnittes vom 8. 6. 1921 bis 23. 6. 1921 erfolgen.

Verbraucher, die anstelle von Normalzuckerkarten aus irgendwelchen Gründen Erhöhungskuckerkarten erhalten haben, müssen bei deren Ausgabestellen zur Erlangung dieser Sonderverteilung einen neuen Antrag auf Erteilung von Erhöhungskuckerkarten stellen. Sie erhalten daraufhin 2 Ergänzungskarten, die, wie vorgeordnet, mit je 1 Pfund beliefert werden und beide mit dem Werturk der Laufzeit des 1. Pfundabschnittes der Normalzuckerkarte vom 8. 6. 1921 bis 23. 6. 1921 versehen sein müssen.

Zugangsblätter und K.-Anzettkarten sind von der Einmachzuckerbelieferung ausgeschlossen.

Der auf die Normalzuckerkarte zur Ausgabe gelangende Zucker darf nur bei den Kleinbäckern entnommen werden, bei welchem die Zuckerfalte zur Anmeldung gesetzigt ist und zwar gegen Vorlage der Stammkarte. Der Kleinbäcker hat den Abschnitt „T“ bei Belieferung abzutrennen. Der Wert der Normalzuckerkarte erhöht sich durch diese Sonderverteilung auf 7 Pfund. Diese Erhöhung also 2 Pfund je Bezugsausweis wird dem Kleinbäcker durch seine Lieferanten auf dem Markenkonto ohne Weiteres aufgebracht.

Stammkarter haben zwecks Erlangung dieser 2 Pfund Einmachzucker ihren Ausweis der zuständigen Behörde vorzulegen, auf dem die Ausbildung der 2 Ergänzungskarten vermerkt wird, damit eine Doppelbelieferung ausgeschlossen ist.

Da die Sonderverteilung des Einmachzuckers noch während der Laufzeit der Bäckerkarte, Reihe 21 — und zwar auf den aus der Stammkarte beständlichen Buchstabenabschnitt „U“ — stattfindet und noch ungewis ist, wann sie erfolgt, kann den Verbrauchern im eigenen Interesse nur dringend empfohlen werden, die Stammkarte bis zum vollständigen Ablauf der Zuckerkarte Reihe 21 in eigener Sicherer Verwahrung zu behalten.

Großenhain, am 28. Mai 1921.

558 b III. Die Amtshauptmannschaft.

## Zuckerkarten Reihe 21 betreffend.

Für den Bereich der Amtshauptmannschaft Großenhain einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa wird folgendes bestimmt:

1. Der neue Zuckerförderungszeitraum erstreckt sich auf die Zeit vom 3. Juni bis 17. September 1921.

a) Die Ausgabe der Zuckerarten für die Einzelverbraucher erfolgt durch die bis-herigen Ausgabestellen.

b) Die Bezugskarten für die gewerblichen Betriebe werden den Betriebsinhabern durch die Gemeindebehörden beigegeben. Innungen zugehen.

2. Es erhalten:

a) Kinder im 1. und 2. Lebensjahr eine Normalzuckerkarte über 5 Pfund und eine L-Karte ebenfalls über 5 Pfund,

b) alle übrigen Personen eine Zuckerkarte über 5 Pfund.

Für die Berechnung des Alters zu a) ist der 3. Juni 1921 maßgebend.

Gründe zur Zuweisung von Zucker sind an die Amtshauptmannschaft zu richten.

3. Die Zuckerarten und der Bezugsausweis, sowie die Bezugskarte sind wie bisher mit Name und Wohnung des Inhabers und Kleinbäckers zu versehen. Die Bezugskarten und Erhöhungskuckerkarten sind sofort bei der Belieferung zu entwerfen.

4. Außerordnungen werden nach der Deutschen Reichsverordnung vom 17. Oktober 1917 bestellt. Diese Strafbestimmung erleidet auch gegenüber denjenigen Anwendung, die sich mehr Bezug- oder Zuckerarten beschaffen, als ihnen nach den Vorschriften dieser Bekanntmachung zukommen.

Großenhain, am 28. Mai 1921.

557 b III. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 298 des Handelsregisters, die Speicher- und Expeditions-Aktiengesellschaft in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Protura ist dem Dr. Walther Schmidt

## Verliner Protestkundgebung gegen die polnische Gewaltherrschaft.

Die heimatfreuen Oberstleute hatten gestern die Bevölkerung Groß-Berlins aufgerufen zum Protest gegen die polnisch-französische Gewaltherrschaft in Oberschlesien. Der weite Platz vor dem Dom war mit tausenden Leuten dicht gefüllt. Auf hunderten von Tischen lag man „Gedächtnis für Oberschlesien“, „Peg mit Pe Rond“ usw. Im Lustgarten sprachen an verschiedenen Stellen Führer fast aller Parteien. Stärke der Unterstützung drang über den weiten Platz. Unter lebhafter Zustimmung wurde eine Entschließung von der viertausendfachen Menge aufgelesen, in der es u. a. heißt: Die oberschlesische Bevölkerung hatte bestimmt gehofft, daß mit der Volksabstimmung keine Not ein Ende nehmen würde, stattdessen und seine Befreiung ins Unmögliche steigen. Oberschlesien will endlich Ruhe haben, und nicht mehr Bruderblut fließen sehen. Die J. R. verfügte, Polen zu regieren! Wir fordern, daß endlich an die Spitze der Interalliierten Kommission eine Verbindlichkeit tritt, die eine Bürgschaft für die ehrliche Durchführung des Friedensvertrages bietet. Wir fordern, daß durch schnelle Entsendung englischer und italienischer Truppen der gesetzähnliche Zustand in Oberschlesien wieder hergestellt und die Grenze gegen Polen endlich abgesichert wird. Wir fordern Gerechtigkeit für Oberschlesien.

Im Anschluß an die Kundgebung begab sich eine Abordnung von Oberstleuten in die Reichskanzlei, wo sie vom Reichskanzler Wirth im Beisein des Reichsausßenministers Dr. Rosen empfangen wurde. Der Führer der Delegation überreichte dem Reichskanzler die im Lustgarten gehaltene Entschließung mit einer Ansprache.

Der Reichskanzler antwortete darauf mit folgenden Worten: „Wir lieber ergriffenheit bin ich der Verleistung dieser Resolution gezeigt. Sie hätten überzeugt sein, daß das ganze deutsche Volk das Ringen des oberschlesischen Volkes nicht nur, wie man Landläufig sagt, mit Interesse verfolgt, sondern die Ereignisse in Oberschlesien mit weitem Herzen tief ergriffen himmeln. Ich habe mich von dieser Bewegung des deutschen Volkes, die in Wahrheit eine Volksbewegung ist, auf meiner Reise im Süddeutschland überzeugen können, wo ich überall gefragt worden bin: „Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß dem oberschlesischen Volke das Recht zuteil wird, auf das es Anspruch erheben kann? Ich bin deshalb auch von Dank und Freude erfüllt über die gewaltige Kundgebung, die Sie im Lustgarten zusammengeführt hat, um für gutes deutsches Recht auf alles deutsche Land ihre Stimme zu

erheben und mit Nachdruck Einspruch einzulegen gegen die Vergewaltigungen, die unsere Soldaten von den polnischen Insurgenten zu erdulden haben. Heute möchte ich in Kürze nur das Eine zu Ihnen sagen: Nach den Wünschen der Polen ist das Abstimmungsgebiet Oberschlesien aus der Provinz Oberschlesien herausgeschnitten worden, weil sie glaubten, bei der Abstimmung in diesem willkürliche abgetrennten Teil einer Mehrheit licher zu sein. Auf polnische Initiative hin ist ferner seinerzeit den nicht in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten das Stimmrecht auferkannt worden. Einerseits freilich, als die Polen hoffen, daß diese Karte gegen sie schlagen würde, wollten sie sie für ungültig erklären. Das ist das Gegenteil von jenem fair plan, das in diesen Wochen von hervorragender Stelle in England für Oberschlesien verlangt worden ist. Die Bevölkerung hat sich mit mehr als 3/4 Millionen für Deutschland erklärt. Viele von Ihnen meine Herren, haben dazu beigetragen, daß der 20. März ein Ehrentag für Oberschlesien und zu einem Ehrentag für das gesamte deutsche Volk geworden ist trotz des von den Polen vor und während der Wahlen ausgeschütteten unerhörten Terrors. Die vor aller Welt offenkundige Aussprache des oberschlesischen Volles läßt sich durch nichts fortifikieren, durch nichts widerstreiten. Wir haben viel verloren in Deutschland: Deutsches Land, deutsche Staatsangehörigen in Ost und West, die Waffen, Schiffe, Gold und Geld. Aber die Patriotensonne, die Liebe zur engeren Heimat, zu dem Lande, wo wir unsere Jugend verlebt haben, die lassen wir uns nicht nehmen und solange sich diese Liebe so bewahrt, wie sie von allen Oberstleuten in Oberschlesien und im übrigen Deutschland zum Ausdruck bekommen ist, solange dürfen wir hoffen, daß es mit unserem Volke wieder aufwärts gehen wird. Oberschlesien hat sich für Deutschland erklärt und zwar ist aus sämtlichen Schichten der Bevölkerung die Mehrheit für Deutschland gefallen. Die von der Regierung aufgestellte Behauptung, die Arbeiter hätten sich für Polen erklärt, steht in schrofem Widerspruch zu den Tatsachen. Tausende und aber Tausende von Arbeitern sind für Deutschland eingetreten. Das eine aber ist richtig, und das ist bald nach der Abstimmung von einem großen englischen Blatte als bestechend beschrieben worden, unter den für Deutschland abgegebenen Arbeiterstimmen befanden sich vorwiegend die der geschulten und damit leistungsfähigeren Arbeiter. Gerade die höher stehenden Arbeiter haben für Deutschland gekämpft u. ich sage hinzu, je größer die Zahl der geschulten und leistungsfähigeren Arbeiter ist, desto reicher wird Deutschland und damit ganz Europa von den schweren Wunden genesen, die der Krieg ihm geslagen hat. Das ist eine Lebensfrage Europas. Deshalb sollte gerade die Haltung

der geschulten Arbeiter Oberschlesiens bezeichnen, denen die Entscheidung obliegt, als ein Fingerzeig gelten, und ich sage weiter, eine Welt, in der die Tüchtigkeit des Arbeiters als Grund zu politischer Minderbemerkung und damit als Material gelten würde, eine solche Welt wäre eine verfehlte Welt. Der jetzige Aufstand und seine blutigen Folgen können uns unsere guten Rechte nicht nehmen. Seien Sie überzeugt, daß nichts, was in unseren Kräften steht, unterlassen werden wird, um die Diktatur Polens zurückzuweisen und die Ordnung gesetzmäßig wiederherzustellen. Wenn die Polen geglaubt haben, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen, so haben sie sich getäuscht. Verehrte Herren! Oberschlesien ist deutsches Land. Deutsch ist keine Kultur, keine soziale Lage, kein Empfinden und keine Wirtschaft. Nur mit Deutschland vereint kann es blühen und gedeihen. Unter das Recht, unter die Gerechtigkeit. Und so lassen Sie uns hoffen, daß diese Mehrheit, auf die wir immer wieder hinweisen, das Recht und Recht sich schließlich klar erweisen als die Machtgewebe und Bomben der polnischen Außändischen.

## Eine französische Note zur oberschlesischen Frage.

Nach einer Mitteilung der Havas-Agentur ist entgegen anderweitigen Blättermeldungen, für die Auskunft des Obersten Rates, in die Boulogne hinzufinden soll, noch kein Zeitpunkt festgesetzt. Der diplomatische Mitarbeiter der Havasagentur glaubt zu wissen, daß die französische Regierung Sonnabend in einer Note an das Voreign offene Meinung dahingehend Ausdruck gegeben habe, daß die oberschlesische Frage nicht sofort gelöst werden solle, da die Gemüthsverstimmung in den beiden beteiligten Ländern jede vorherrschende Lösung undurchführbar zu machen drohe. Briand glaubte, daß es vorzuziehen sei, bevor man die Frage regelt, zu warten, bis die Ruhe wieder hergestellt sei und die englischen Truppen in Oberschlesien sind. Er glaubte auch, daß die alliierten Oberkommandos sich nicht hätten auf einen Bericht einigen können, es besser sei, die Prüfung der Frage der Aufstellung einer besonderen Kommission von Juristen, Diplomaten und Militärs anzuvertrauen. Der Oberste Rat werde dann die Frage prüfen, wenn die Kommission ihre Vorarbeiten beendet habe.

## Die Debatte Oberschlesiens.

Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune“, Henry Wales, teilt mit, daß der Botschafter am Sonnabend Auskünfte an die Interalliierte Kommission in Oppeln habe ergehen lassen, einen einheitlichen Vortrag